

Siegener Zeitung



Überparteiliches, amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen

AUSGABE WITTGENSTEIN

Nr. 247 | 199. Jahrgang | G 6295

Freitag, 22. Oktober 2021

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,10 € | Sa. 2,50 €

LOKALES

Wied'sche Abrechnung



Eberhard Wied, Busunternehmer und Ratsmitglied aus Feudingen, rechnet mit den Befürwortern der Busbucht am Bahnhof rigoros ab. **Seite 6**

Im Sattel bleiben

Mit dem vorläufigen Aus für den geplanten Bikepark in Bad Laasphe wollen sich einige Freizeitsportler nicht abfinden. Sie machen mobil. **Seite 7**

WIRTSCHAFT

DAX

15472,56

(-50,36)



Dow Jones

35603,08

(-6,26)



Mangel hat Konjunktur

Durch Lieferengpässe drohen der Wirtschaft schwerwiegende Folgen. **Seite 19**

ZEITGESCHEHEN

Rätselraten geht weiter

Wendung im Fall der getöteten Gabby Petito: Ermittler haben bei der Suche nach ihrem Freund offenbar menschliche Überreste entdeckt. **Seite 26**

SPORT

Nagelsmann infiziert

Corona-Erkrankung des Trainers sorgt den FC Bayern, Dino Toppmöller übernimmt die Rolle des Cheftrainers auch im Spiel gegen Hoffenheim. **Seite 22**

KULTUR/MEDIEN

Auf einer Linie



Der Architekt und Künstler Lutz Dransfeld zeigt Zeichnungen, Malerei und Installationen im Siegerlandmuseum. / Katharina Böhm spricht über ihre zehn Jahre als Kommissarin in der Krimiserie „Die Chefin“. **Seiten 20/27**

WETTER

Ruhiger

Heute drohen nur noch vereinzelt Regenschauer und stürmische Böen, es wird aber kühler. **Seite 2**



LESERSERVICE

Leserservice:

☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09

Leserservice@Siegener-Zeitung.de

Lieferreklamation:

☎ 02 71 / 59 40-4 01

Anzeigen:

☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84

Anzeigen@Siegener-Zeitung.de

Redaktion:

☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39

Redaktion@Siegener-Zeitung.de

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland **RND**



5 0342



4 190629 502101

Integriert oder außen vor?

60 Jahre „Gastarbeiter“: Leyla Aslan und Alfonso López García berichten über ihr Leben im Siegerland.

Seite 4



Fotos: SZ-Archiv

EU steht vor einer Zerreißprobe

BRÜSSEL Verhärtete Fronten auf dem Gipfeltreffen im Streit mit Polen

Bundeskanzlerin Merkel ruft bei ihrem vermutlich letzten EU-Gipfel zur Einigung auf.

afp/dpa ■ Der Streit mit Polen über die Unabhängigkeit der Justiz wird für die Europäische Union zur Zerreißprobe: Auf dem EU-Gipfel in Brüssel machten Länder wie Belgien, die Niederlande und Österreich gestern Druck auf die Regierung in Warschau. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rief auf ihrem vorerst letzten Gipfel als amtierende Bundeskanzlerin zu einem Kompromiss auf.

Der niederländische Regierungschef Mark Rutte betonte, die EU müsse gegenüber Warschau „hart bleiben“. Er hatte sich mit den anderen Gründerstaaten Belgien und Luxemburg verabredet, den polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki zur Raison zu rufen. Zugleich stärkte Rutte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in dem Streit den Rücken. Sie will Gelder in Höhe von 36 Milliarden Euro aus dem Corona-Fonds für Polen so lange zurückhalten, bis das Land die Rechtsstaatlichkeit achtet und Warschau unter anderem eine umstrittene Disziplinarkammer für Richter auflöst.

„Eine rote Linie wurde überschritten“, sagte der belgische Regierungschef Alexander De Croo zu der umstrittenen Entscheidung des polnischen Verfassungsge-

richts vom 7. Oktober. Dieses hatte die EU-Verträge in Teilen für verfassungswidrig erklärt und den Vorrang des EU-Rechts gegenüber nationalem Recht verneint. Der neue österreichische Bundeskanzler Alexander Schallenberg betonte bei dem Gipfel: „Polen muss die finanzielle Drogkulis, die da ist, sehr ernst nehmen.“

Kanzlerin Merkel ermahnte die Mitgliedstaaten zu einer einvernehmlichen Lösung. „Eine Kaskade von Rechtsstreitigkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof ist noch keine Lösung des Problems“, betonte die dienstälteste europäische Regierungschefin, für die bei dem Gipfel laut Diplomaten eine Abschiedszeremonie nach fast 16 Jahren im Amt geplant war.

„

Das nationale Recht hat Vorrang.

Viktor Orban

Ungarischer Regierungschef

Der polnische Regierungschef Morawiecki bekräftigte, sein Land werde „nicht unter dem Druck der Erpressung nachgeben“. Sowohl Merkel als auch der französische Präsident Emmanuel Macron trafen sich bilateral mit Morawiecki, um ihn zu einer Einigung mit von der Leyen zu drängen. Der ungarische Regierungschef Vik-

tor Orban nahm Polen dagegen in Schutz. „Die Polen haben Recht“, sagte er in Brüssel. „Das nationale Recht hat Vorrang.“ Das gelte überall dort, wo die Mitgliedstaaten Kompetenzen nicht ausdrücklich an die EU übertragen hätten.

Orban verhindert mit seinem Veto ein Verfahren, das zu einem Entzug von Stimmrechten für Polen führen könnte, also de facto zu einer Entmachtung im Kreis der Mitgliedstaaten. Stattdessen will von der Leyens EU-Kommission in einigen Wochen auf Druck des Europaparlaments einen sogenannten Rechtsstaats-Mechanismus aktivieren. Damit könnten Polen wie auch Ungarn Strukturhilfen in Milliardenhöhe gekürzt werden. Allerdings haben Warschau und Budapest vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diesen Mechanismus geklagt. Das Urteil wird erst im Frühjahr erwartet.

Der Streit um Polens Rechtsstaat hat in dessen für EU-Parlamentspräsident David Sassoli historische Ausmaße angenommen. „Noch nie wurde die Europäische Union so radikal infrage gestellt“, sagte der 65-Jährige gestern einem Manuskript zufolge, das beim EU-Gipfel verteilt wurde. Sassoli war nicht persönlich vor Ort, weil er sich von einer Krankheit erholt, wie eine Sprecherin mitteilte.

Auf dem zweitägigen EU-Gipfel wollten die Mitgliedstaaten u. a. auch über die drastisch gestiegenen Energiepreise, die Versorgung ärmerer Länder mit Corona-Impfstoffen und die Flüchtlingsfrage beraten.

Für den Krisenfall besser gerüstet sein

Deutschland startet mit Partnern Initiative für Aufbau einer schnellen militärischen Eingreiftruppe der EU

dpa **Brüssel.** Deutschland hat gemeinsam mit vier weiteren Staaten eine neue Initiative für den Aufbau einer schnellen militärischen Eingreiftruppe der EU gestartet. Das am Donnerstag bekannt gewordene Konzept sieht vor, die bereits existierenden EU-Battlegroups zu schlagkräftigen und kurzfristig einsetzbaren Krisenreaktionskräften weiterzuentwickeln. Dazu sollen auch Weltraum- und Cyberfähigkeiten sowie Spezialeinsatzkräfte und strategische Lufttransportkapazitäten bereitgestellt werden.

„Die jüngsten Ereignisse in Afghanistan haben erneut gezeigt, dass die EU in der Lage sein muss, (...) robust und zügig zu

handeln“, heißt es in dem Konzept, das von Deutschland, dem Niederlande, Portugal, Finnland und Slowenien vorgelegt wurde. Dazu sei es notwendig, die „Verfügbarkeit, Bereitschaft, Einsatzfähigkeit und Kompetenz der Streitkräfte zu verbessern“ und „militärische Kooperationsformate unter den EU-Mitgliedstaaten besser zu nutzen“.

Konkret schlagen die fünf Länder dazu auch vor, über den bislang noch nie genutzten Artikel 44 des EU-Vertrags Einsätze von „Koalitionen von Willigen“ zu ermöglichen. Dies würde insgesamt mehr Flexibilität sowie einen modularen Ansatz für das Krisenmanagement der EU ermöglichen und könnte die Handlungsfähigkeit

der EU erhöhen, heißt es in dem Papier. Zudem sollten existierende regionale Kooperationen besser genutzt werden.

Nach Angaben von Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer fielen die Reaktionen anderer EU-Staaten auf das Konzept „sehr, sehr positiv“ aus. Man sei sich einig, dass die Ideen in den sogenannten strategischen Kompass Eingang finden sollten, sagte die CDU-Politikerin nach informellen Gesprächen zum Thema gestern in Brüssel. Über ihn will die EU bis zum Frühjahr kommenden Jahres festlegen, welche Fähigkeiten sie im Bereich des Krisenmanagements braucht.

Dauer-Krisenmodus

Angela Merkels letzter EU-Gipfel

In Brüssel geht möglicherweise eine Ära zu Ende. Ganz genau weiß man das noch nicht, je nachdem, wie schnell die Ampel-Verhandler in Berlin zum Ziel kommen, hat gestern Angela Merkels letzter EU-Gipfel begonnen. 16 Jahre lang hat die Bundeskanzlerin die europäische Politik mit geprägt. Gekennzeichnet war diese lange Zeit über weite Strecken durch Krisen. Nicht selten war es der Geduld und dem Talent Merkels als Moderatorin und Mediatorin zu verdanken, dass in Konfliktfällen meistens Kompromisse gefunden wurden, die allen Beteiligten die Gesichtswahrung ermöglichten. Derzeit befindet sich die EU wieder einmal im Krisenmodus.

Am liebsten hätte die Kanzlerin ebenso wie Ratspräsident Charles Michel den Streit über die polnische Justizreform und den faktischen Abschied Warschaws aus dem europäischen Rechtsraum in Brüssel gar nicht offen zur Sprache gebracht, sondern lieber in kleinen Runden und hinter verschlossenen Türen besprochen. Das jedoch war spätestens nach dem provokativen Auftritt des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki vor dem EU-Parlament nicht mehr möglich. Mehrere Regierungschefs, allen voran der Niederländer Mark Rutte, wollten sich nicht davon abbringen lassen, Klartext zu reden.

Eine sinnvolle Arbeitsteilung: Während Merkel es noch einmal im Guten versucht, zeigen Rutte und seine Mitstreiter Morawiecki die Daumenschrauben. Es ist nicht zu erwarten, dass der Pole so bald einknickt. Doch es steht zu viel auf dem Spiel, um die ganz große Eskalation zu suchen. Vor allem gibt es andere Themen, bei denen die Bürger Fortschritte erwarten. Es besteht die Sorge vor einer neuen Flüchtlingswelle. Vor allem aber wachsen die Verzweiflung und die Wut vieler Europäer über die steigenden Energiepreise. Die EU-Regierungen müssen sich rasch etwas einfallen lassen. Sonst könnten die Gelbwestenproteste in Frankreich vor zwei Jahren ein Vorgeschmack auf das gewesen sein, was den europäischen Nationen bevorsteht. **Marcus Sauer**

Kirchen setzen sich für Migration ein

dpa **Hannover/München.** Gemeinsam haben die christlichen Kirchen in Deutschland Politik und Gesellschaft dazu aufgerufen, sich stärker für die Menschenwürde von Migranten und Migranten einzusetzen. Mit einem von der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) veröffentlichten Grundlagenpapier wollen die Kirchen ihre gemeinsame Position zum Thema Migration verdeutlichen und Handlungsempfehlungen geben.

Mit dem Text wolle man ein deutliches Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit setzen, betonte der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode, stellv. Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. „Wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Weltanschauung bedrängt und verletzt werden, ist unser Platz an ihrer Seite.“ Die Kirchen stellten unmissverständlich klar, allen menschenfeindlichen Strömungen entgegenzutreten. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strom rückte die europäische Flüchtlingspolitik in den Fokus. „Dass die Würde und die Rechte von Geflüchteten an so vielen Orten weltweit missachtet und verletzt werden, ist skandalös und zutiefst beschämend.“

In dem 216-seitigen Papier sprechen sich die Kirchen auch für eine „an den Menschenrechten ausgerichtete Reform der Flüchtlingspolitik“, für sichere Zugangswege für Schutzsuchende und eine solidarische Verantwortungsverteilung unter den Ländern aus.